

Bis zu einer Milliarde Euro für Wohnheime

Bauministerin Geywitz startet Sonderprogramm – Heidelberger Studentenwerk skeptisch

Berlin. (dpa/dns) Bundesbauministerin Klara Geywitz hat am Donnerstag den Startschuss für ein 500 Millionen Euro schweres Programm für Wohnheimplätze für Studierende und Azubis gegeben. Die Mittel will Berlin den Bundesländern im laufenden Jahr zum Bau und zur Sanierung zur Verfügung stellen. Das Geld könne jetzt fließen, nachdem alle Bundesländer dafür notwendige Verwaltungsvereinbarungen unterschrieben hätten, sagte die SPD-Politikerin beim Besuch eines Wohnheims in Berlin.

„500 Millionen dieses Jahr, damit kann man schon ordentlich was machen“, sagte Geywitz. „Das ist im Baubereich eine große Summe“. Das Programm könne in der Masse etwas bewegen. Wenn es gut angenommen werde, bestehe die Möglichkeit seitens des Bundes, „dass wir die 500 Millionen im nächsten Jahr noch mal verlängern, so dass insgesamt eine Milliarde zur Verfügung steht“. Geywitz

sprach von gut investiertem Geld. Junge Menschen sollten sich auf ihre Ausbildung und ihr Studium konzentrieren und nicht auf die Suche nach einer Wohnung.

„Das ist ein guter Tag für 2,9 Millionen Studierende“, sagte der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Studierendenwerks (DSW), Matthias Anbuhl. Es handele sich um das größte solche Förderprogramm seit der Wiedervereinigung.

Deutlich zurückhaltender reagierte das Heidelberger Studierendenwerk, das mit 57 anderen dem DSW angehört. „Die am Ende pro Studierendenwerk zur Verfügung gestellten Gelder dürften vermutlich nicht ausreichen, um einen Neubau zu finanzieren“, sagte ein Sprecher. Für sich genommen seien die Gelder aus Berlin „leider wie ein Tropfen auf den heißen Stein“. Alleine in Heidelberg sei in den nächsten zehn Jahren ein Sanierungsstau von 117 Millionen Euro zu bewältigen, sagte ein Sprecher. „Das Land Baden-

Württemberg ist nun in der Pflicht die Mittel aufzustocken.“

Die Mitglieder des DSW betreiben nach eigenen Angaben etwa 195 000 Wohnheimplätze. Wie viele neue Einheiten mit den 500 Millionen Euro entstehen werden, ist unklar. Geywitz und Anbuhl verwiesen darauf, dass die Länder über den Einsatz entscheiden. Neue Kapazitäten könnten schnell durch modulares Bauen geschaffen werden, sagte Geywitz – damit sind etwa Unterkünfte in Container-Form gemeint.

Der Bund setze mit dem Programm ein gutes Zeichen, hieß es vom Deutschen Gewerkschaftsbund. „Wenn unsere Gesellschaft mehr Fachkräfte braucht, dann muss sie auch dafür sorgen, dass Auszubildende und Studierende mobil sein können und sich in der Nähe des Ausbildungsbetriebs oder ihres Studienortes eine Miete leisten können“, sagte Vorstandsmitglied Stefan Körzell.